



Pressemitteilung

Schwerin, den 15. März 2012

Neue Anlaufstelle für DDR-Heimkinder in Vorbereitung

Über die Bilanz ihrer Arbeit im letzten Jahr informierte die Landesbeauftragte für Mecklenburg-Vorpommern für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR Marita Pagels-Heineking bei einem Pressetermin in Schwerin.

Wie schon in den Jahren zuvor, wurden auch 2011 die Dienstleistungen der Landesbeauftragten verstärkt in Anspruch genommen. Auch die Anfragen von Medien und Forschern haben im letzten Jahr zugenommen. Von wachsender Bedeutung werden auch immer mehr die Beratungsanfragen von Parlamenten in den Kreisen, kreisfreien Städten und Gemeinden.

Die Ansprüche an die Arbeit der Landesbeauftragten sind in den letzten Jahren sowohl qualitativ als auch quantitativ stetig gewachsen: „Offensichtlich ist es in den letzten Jahren gelungen, eine gesellschaftliche Atmosphäre zu schaffen, in der Aufarbeitung möglich ist“, so die Landesbeauftragte.

„Wir müssen aber sagen, dass wir die Belastungsgrenze der Behörde erreicht haben. Auch der Inhalt unserer Arbeit muss sich in den nächsten Jahren ändern. In der Vergangenheit entstand häufig eine falsche Fixierung auf die Stasi als einzigem Repressionsinstrument in der DDR. Wenn wir aber die Funktionsweise der SED-Diktatur verstehen wollen, müssen wir auch den Alltag der Menschen stärker in den Blick nehmen. Deswegen sollten die Aufgaben der Landesbeauftragten neu formuliert und die Behörde an die gesellschaftlichen Notwendigkeiten angepasst werden. Wir müssen uns mehr um die Folgen der Diktatur insgesamt kümmern“, sagte die Landesbeauftragte Marita Pagels-Heineking.

Deutlich wird das auch im neuen Arbeitsbereich, den die Landesbeauftragte ab Mitte des Jahres 2012 betreuen wird. Am 26. März wird der Bericht zur Aufarbeitung der DDR-Heimerziehung durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in einer Pressekonferenz in Berlin vorgestellt. Für die Entschädigung der Folgeschäden aus der Heimerziehung in der DDR wird es eine ähnliche Lösung wie bei den Heimkindern in den alten Bundesländern geben. In allen neuen Bundesländern sollen Anlaufstellen für die Betroffenen eingerichtet werden, die in der Regel bei den Landesbeauftragten angesiedelt sind. Der Schweriner Landtag hat im Juni 2011 einen entsprechenden Beschluss gefasst. Die Arbeit der Beratungsstelle soll im Juli 2012 beginnen.

Wann genau die Beratungsstelle ihre Arbeit aufnimmt sowie über alle anderen Angebote informiert die Landesbeauftragte ab sofort auch auf einer neuen Website unter www.landesbeauftragter.de.

Presse-Kontakt:

Marita Pagels-Heineking, Landesbeauftragte

Jägerweg 2 | 19053 Schwerin

Tel.: 0385 – 734006 | Fax: 0385 – 734007

E-Mail: post@lstu.mv-regierung.de

Internet: <http://www.landesbeauftragter.de>